



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Département fédéral de justice et police DFJP
Bundesamt für Migration BFM
Office fédéral des migrations ODM



© Keystone

Aussengrenzenfonds

Aussengrenzenfonds

Der Aussengrenzenfonds dient der finanziellen Solidarität im Schengen-Raum: Mit diesem Solidaritätsfonds sollen Staaten unterstützt werden, welche bei der Umsetzung gemeinsamer Regeln zur Kontrolle und Überwachung der Schengen-Aussengrenzen sowie der Visumpolitik auf Dauer hohe Kosten tragen. Der Schutz der Aussengrenzen, und damit die Verhinderung der illegalen Einreise in den Schengen-Raum, ist eine gemeinsame Herausforderung aller Schengen-Staaten. Mit Hilfe des Aussengrenzenfonds wird eine ausgewogene Verteilung der damit verbundenen finanziellen Lasten unter den Mitgliedstaaten angestrebt.

Die Teilnahme der Schweiz am Aussengrenzenfonds ist vor dem Hintergrund der Schengen-Assoziierung zu sehen. Die Entscheidung zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds stellt für die Schweiz eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands im Sinne des Schengener Assoziierungsabkommens¹ dar. Da die Schweiz von Schengen-Staaten umgeben ist, hat sie lediglich an den Flughäfen sowie an den konsularischen Vertretungen in Drittstaaten (Staaten, die nicht EU- oder EFTA-Staaten sind), Aufgaben des Aussengrenzschatzes zu erfüllen.²

Solidarität und Steuerung von Migrationsströmen

Der Aussengrenzenfonds ist Teil des Generellen Programms «Solidarität und Steuerung der Migrationsströme» der Europäischen Kommission. Ziel dieses Programms ist, die Zuständigkeiten, die sich aus der Einführung der integrierten Verwaltung der Schengen-Aussengrenzen sowie aus der Umsetzung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik ergeben, gerecht auf die Mitgliedstaaten zu verteilen. Neben dem Aussengrenzenfonds gehören zu den finanziellen Instrumenten dieses Programms der Europäische Fonds zur Integration von Drittstaatsangehörigen, der Europäische Rückkehrfonds und der Europäische Flüchtlingsfonds. Die Schweiz nimmt lediglich am Aussengrenzenfonds teil.

Ziele des Aussengrenzenfonds

Der Aussengrenzenfonds trägt zur Erreichung der folgenden Ziele bei:

- Effiziente Organisation der Kontroll- und Überwachungsaufgaben an den Aussengrenzen;
- Effiziente Steuerung der Verkehrsströme von Personen an den Aussengrenzen, damit ein hohes Mass an Schutz an den Aussengrenzen und ein reibungsloses Überschreiten der Aussengrenzen in Einklang mit dem Schengen-Besitzstand und den Grundsätzen der respektvollen Behandlung und der Achtung der Menschenwürde sichergestellt sind;
- Einheitliche Anwendung der Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts über das Überschreiten der Aussengrenzen;
- Verbesserung der Massnahmen in den Konsularstellen in Bezug auf die Verkehrsströme von Drittstaatsangehörigen.

¹ Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstandes.

² Zur Rechtsgrundlage siehe Seite 7 Publikation.



Der Fonds ist auf den Zeitraum 2007 bis 2013 angelegt. Das Gesamtbudget des Fonds beläuft sich auf insgesamt 1820 Mio. €. ³ Die Schweiz nimmt rückwirkend ab dem Jahre 2009 am Fonds teil. Aufgrund der Übernahme dieser Schengen-Weiterentwicklung leistet die Schweiz jedes Jahr einen finanziellen Beitrag von durchschnittlich 9 Mio. €, der in Anwendung des Schengen-Assoziierungsabkommens berechnet wird. Konkret erfolgt eine Beteiligung im Verhältnis des Bruttoinlandsproduktes der Schweiz zum Bruttoinlandsprodukt aller übrigen teilnehmenden Schengen-Staaten. Die Schweiz erhält im Gegenzug zu den geleisteten Beiträgen jährliche Mittelzuweisungen, mit denen sie nationale, länderübergreifende oder gemeinschaftliche Projekte kofinanzieren kann, bis zu einer Höhe von 50 % (bis zu 75 % bei spezifischen Prioritäten) der jeweiligen Projekt-Gesamtkosten. Diese Mittelzuweisungen betragen jährlich durchschnittlich etwa 4 Mio. €. Die Differenz zu den Beiträgen kommt hauptsächlich deshalb zustande, weil die Schweiz – im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Staaten – nur an den Flughäfen Aussengrenzen hat, an denen sie Grenzschutzaufgaben für den Schengen-Raum erfüllen muss. Die Höhe der Mittelzuweisungen wird jährlich neu berechnet nach den Kriterien, die in den Rechtsakten zum Fonds festgelegt sind. Sie richtet sich nach dem anteiligen Aufwand des jeweiligen Mitgliedstaates zur Aussengrenzenkontrolle.

Gesamtbudget Aussengrenzenfonds 2007 bis 2010

Das Fondsbudget für 2007 bis 2013 beläuft sich auf 1820 Mio. €, die wie folgt aufgeteilt werden:

- 1533 Mio. € werden den teilnehmenden Staaten auf Grundlage objektiver Kriterien entsprechend der Belastung jedes Staates durch die Kontrolle der Aussengrenzen und die Visumpolitik zugeteilt und kommen einzelstaatlichen Programmen zugute;
- 109 Mio. € werden direkt von der Europäischen Kommission verwaltet und sind für Gemeinschaftsmassnahmen vorgesehen;
- 108 Mio. € dienen der Finanzierung der von Litauen durchgeführten Kaliningrader Transitregelung;
- 70 Mio. € sind für besondere Massnahmen an strategischen Punkten der Aussengrenzen auf Grundlage einer von der FRONTEX-Agentur durchgeführten Risikoanalyse vorgesehen.

Mittelzuweisungen für die Schweiz

- 2010: 4 660 754 € (einschliesslich rückwirkender Anteile für 2009)
- 2011: 3 053 097 €
- 2012: 4 340 705 € (provisorische Schätzungen der Europäischen Kommission)
- 2013: 6 133 385 € (provisorische Schätzungen der Europäischen Kommission)

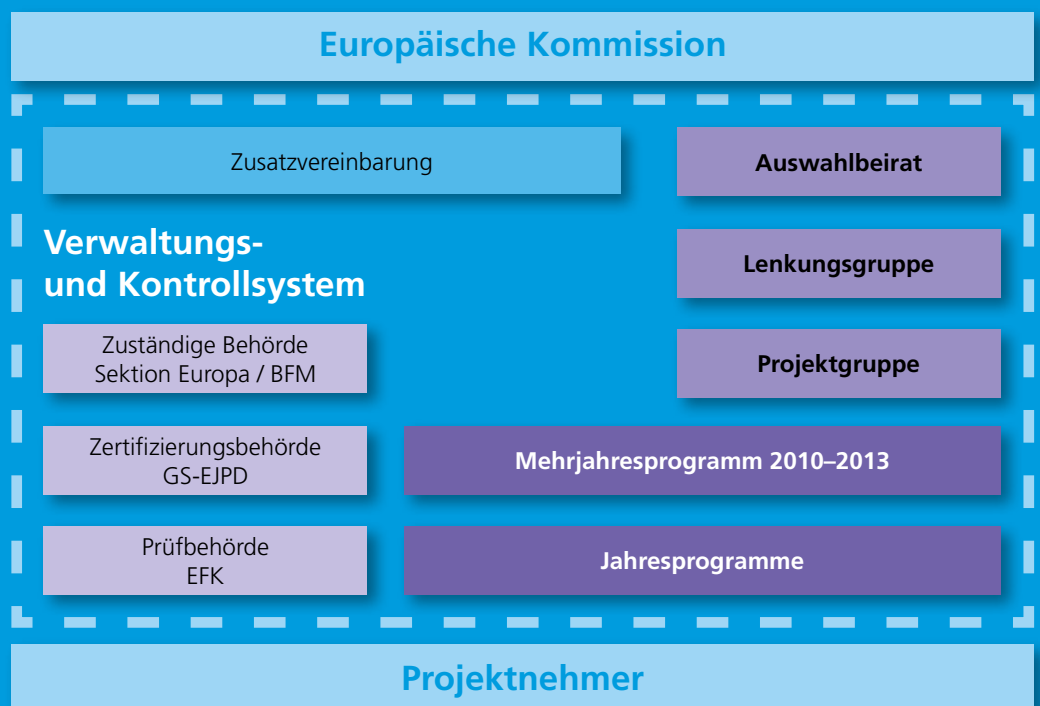
³ In der vorliegenden Publikation sind alle monetären Beträge in € angegeben, ihr Gegenwert in CHF hängt vom aktuellen Wechselkurs ab (1 € = 1.25 CHF, Stand 16. Mai 2011).

Umsetzung

Der Aussengrenzenfonds wird im Sinne einer geteilten Mittelverwaltung umgesetzt, d.h. die Europäische Kommission verwaltet die Gelder in Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Staaten. Für die schweizerische Beteiligung am Fonds wurde die Sektion Europa des Bundesamtes für Migration (BFM) als Zuständige Behörde des Aussengrenzenfonds eingesetzt. Sie ist mit der Verwaltung des Fonds betraut und zuständig für die Programmerstellung, Projektauswahl und -evaluierung sowie Berichterstattung über den Aussengrenzenfonds. Sie ist auch Ansprechpartnerin für die Europäische Kommission in allen Belangen bezüglich des Aussengrenzenfonds.

Die Projektnehmer sind für die finanztechnische Abwicklung der Projekte, die Projektbegleitung sowie die Erstellung der vereinbarten Berichte zuständig, jeweils unter Einbindung und Aufsicht der Zuständigen Behörde.

Struktur Aussengrenzenfonds



Verwaltung und Kontrolle

Die Einrichtung eines Verwaltungs- und Kontrollsystems für den Aussengrenzenfonds gewährleistet, dass die für die verschiedenen Projekte zugewiesenen Mittel effizient und sparsam eingesetzt werden. Das BFM als Zuständige Behörde ist somit dafür verantwortlich, dass die Programme in Einklang mit dem Grundsatz der wirtschaftlichen Haushaltsführung verwaltet und umgesetzt werden. Ausserdem hat sie eine Schnittstellenfunktion zwischen Projektpartnern einerseits und der Europäischen Kommission andererseits.

Das Kontrollsystem wird vervollständigt durch die Einsetzung einer Bescheinigungsbehörde zur Ausgaben-zertifizierung und einer Prüfbehörde zur Ausgabenprüfung. Das Generalsekretariat des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (GS-EJPD) respektive die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) nehmen diese Funktionen wahr.



Programmschwerpunkte

Innerhalb der Gesamtstrategie aller beteiligten Staaten bildet die Mehrjahresplanung den Rahmen für Projekte in den einzelnen Staaten. Hier definiert die Schweiz ihre Ziele im Bereich des Aussengrenzenfonds für die Programmperiode 2010 bis 2013. Nationale Bedürfnisse und Prioritäten spielen eine wichtige Rolle, immer vor dem Hintergrund der relevanten Rechtsgrundlagen und der von der EU vorgegebenen Strategischen Leitlinien⁴ für Programmplanung.

Die strategische Ausrichtung der Schweizer Beteiligung am Aussengrenzenfonds wurde gemeinsam mit den betroffenen Stellen festgelegt und im Mehrjahresprogramm festgeschrieben. Die Schweiz hat beschlossen, vier der fünf in den Strategischen Leitlinien festgelegten Bereiche umzusetzen:

- Weiterer schrittweiser Aufbau des gemeinsamen integrierten Grenzschutzsystems;
- Unterstützung der Ausstellung von Visa und der Bekämpfung der illegalen Einwanderung durch die Konsulardienste der teilnehmenden Staaten in Drittstaaten;
- Einführung der vorgesehenen IT-Systeme (VIS und SIS);
- Anwendung der Vorschriften über Aussengrenzen und Visa, insbesondere des Schengener Grenzkodex und des Visakodex.

Jahresprogramme

Die Jahresprogramme beschreiben auf Basis der Mehrjahresplanung die zur Kofinanzierung vorgeschlagenen Massnahmen. Die Erstellung der Jahresprogramme erfolgt durch die Zuständige Behörde und im Rahmen der Mittelzuweisung durch die Europäische Kommission. Die Jahresprogramme basieren auf einer Auswahlentscheidung der von Partnern eingereichten Projekteingaben. Sie sind Grundlage für die Finanzierungsentscheidung der Europäischen Kommission.

Mögliche Partner sind insbesondere das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), das Grenzwachtkorps (GWK), die Kontrollorgane der Flughäfen (Zuständigkeit liegt je nach Flughafen bei den Kantonen oder beim GWK), das Bundesamt für Polizei (fedpol) und die Sektionen Grundlagen Visa und Grundlagen Grenze im BFM.

Einige Beispiele für mögliche Massnahmen aus dem Bereich der Förderfähigkeit des Fonds: Ausrüstung zur Überprüfung von Dokumenten; Investitionen für Entwicklung, Test und Einsatz modernster Technologien; Informatik-Systeme; Entsendung oder Austausch von Verbindungsbeamten und Dokumentenberatern; Aus- und Fortbildungsmassnahmen für Konsularbedienstete oder Grenzkontrollbeamte.

⁴ Zur Rechtsgrundlage, siehe Seite 7 dieser Publikation.

Projektauswahl

Auf Basis des Mehrjahresprogramms und im Rahmen der Mittelzuweisung durch die Europäische Kommission wählt die Zuständige Behörde Projekte aus und erstellt die Jahresprogramme. Die Jahresprogramme beschreiben die zur Kofinanzierung vorgeschlagenen Projekte und geben die Mittelverteilung an. Die Europäische Kommission prüft auf dieser Grundlage die Förderfähigkeit der vorgeschlagenen Projekte und genehmigt das Jahresprogramm.



Kofinanzierte Projekte Schweiz (Stand: Mai 2011)

- Unterstützung der Einführung des N-VIS (BFM)
- Ausbildungen im Vorfeld der Einführung des N-VIS (BFM)
- Entwicklung einer Software zur Unterstützung der Einreisekontrollen (GWK)
- Erwerb und Anbindung mobiler Dokumentenprüfgeräte (GWK)

Gemeinschaftsmassnahmen

Bis zu 6 % der verfügbaren Fondsmittel können ausserdem zur Finanzierung von grenzüberschreitenden Massnahmen oder Massnahmen im Interesse der gesamten Gemeinschaft verwendet werden. Dabei liegt die Verantwortung für jährliche Programmplanung, Auswahl, Förderung und Abwicklung dieser Massnahmen bei der Europäischen Kommission, die entsprechende Projektauf-rufe ausschreibt.





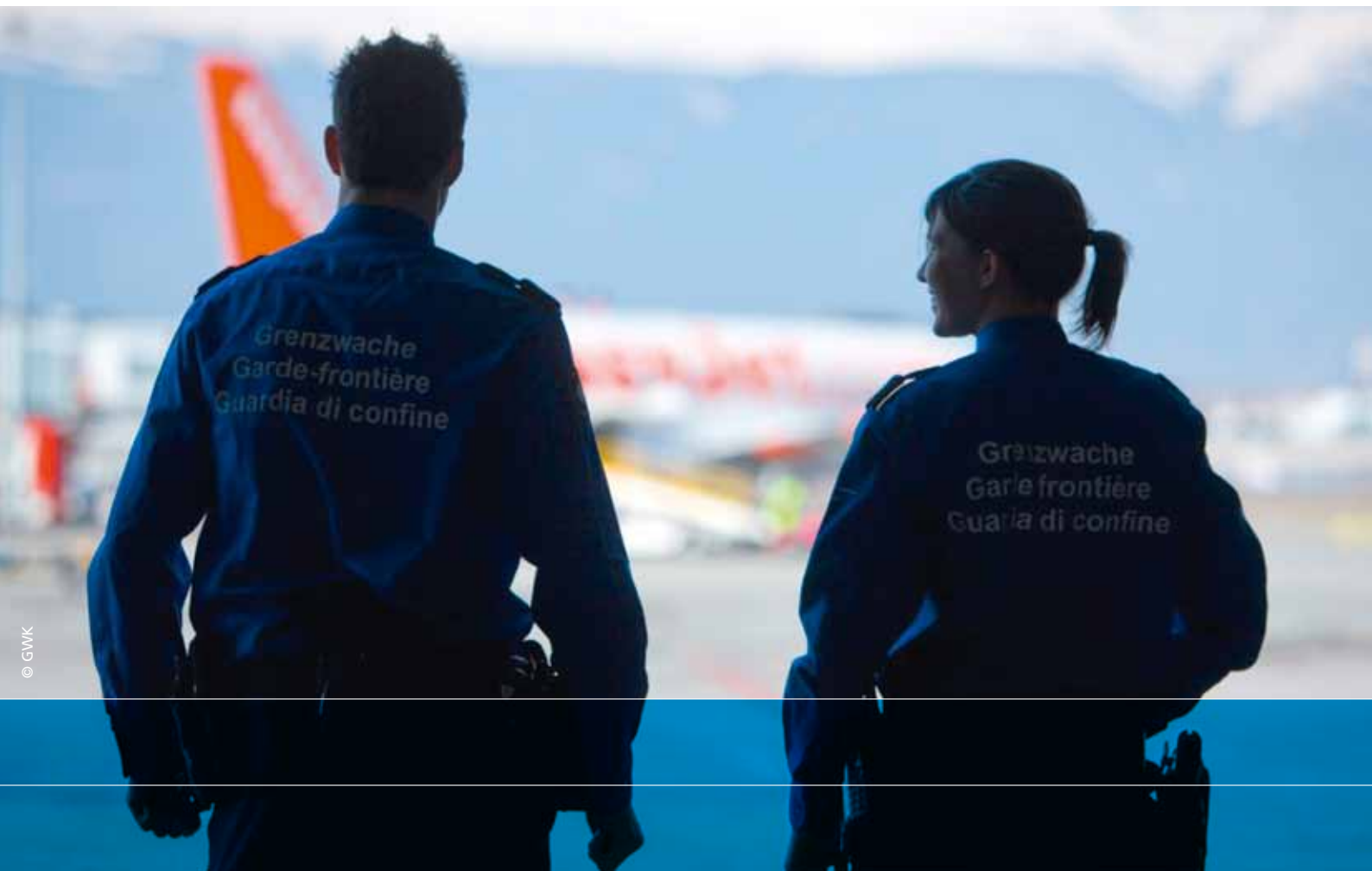
Rechtliche Grundlagen

Die Entscheidung zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds stellt für die Schweiz eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands im Sinne des Schengener Assoziierungsabkommens⁵ dar. Die zentrale Rechtsgrundlage für den Aussengrenzenfonds bildet die Entscheidung 574/2007/EG zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds.⁶ Diese sieht vor, dass die Modalitäten der Beteiligung der assoziierten Staaten am Fonds im Rahmen einer Zusatzvereinbarung festgelegt werden. Diese Zusatzvereinbarung wurde von Norwegen am 4. März 2010 und von der Schweiz, Island, dem Fürstentum Liechtenstein und der EU am 19. März 2010 unterzeichnet. Die Schweiz wendete die Vereinbarung ab dem 20. März 2010 vorläufig an, damit sie sich rückwirkend ab 2009 am Fonds beteiligen konnte. Die Zusatzvereinbarung wurde vom Parlament am 1. Oktober 2010 gutgeheissen; die Referendumsfrist ist am 20. Januar 2011 unbenutzt abgelaufen. Nachdem die Zusatzvereinbarung von der Schweiz am 14. März 2011 und der EU am 21. März 2011 notifiziert wurde, ist sie am 1. April 2011 formell in Kraft treten. Die Notenaustausche zur Übernahme der Rechtsgrundlagen zum Aussengrenzenfonds sind mit der Mitteilung der Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen am 9. Februar 2011 in Kraft getreten.

- Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. März 2007 zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms «Solidarität und Steuerung der Migrationsströme» (Basisrechtsakt).
- Entscheidung Nr. 599/2007/EG der Kommission vom 27. August 2007 zur Durchführung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 (Strategische Leitlinien).
- Beschluss Nr. 148/2011/EU der Kommission vom 2. März 2011 zur Änderung der Entscheidung 2008/456/EG mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms Solidarität und Steuerung der Migrationsströme in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte (Durchführungsbestimmungen).
- Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Aussengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 (Zusatzvereinbarung).

⁵ Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstandes.

⁶ Entscheidung Nr. 574/2007/EG (Schengen-Weiterentwicklung Nr. 36).



© GWK

Bundesamt für Migration BFM

Zuständige Behörde AGF, Sektion Europa

Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Telefon: + 41 31 325 86 08
E-Mail: Fonds-CH@bfm.admin.ch

Internet: www.bfm.admin.ch/content/bfm/de/home/themen/schengen_dublin/schengen/aussengrenzenfonds.html



Mit Unterstützung des Aussengrenzenfonds



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Département fédéral de justice et police DFJP
Bundesamt für Migration BFM
Office fédéral des migrations ODM



Fonds pour **les frontières extérieures**

Fonds pour les frontières extérieures

Le Fonds pour les frontières extérieures permet une solidarité financière au sein de l'espace Schengen. Grâce à ce Fonds, les Etats peuvent être soutenus dans le cadre de l'application des règles communes, impliquant dans la durée des frais importants, pour le contrôle et la surveillance des frontières extérieures ainsi que pour la politique de visas. La protection des frontières extérieures de l'espace Schengen, et ainsi la lutte contre l'immigration irrégulière, est une exigence pour tous les Etats membres de Schengen. Le Fonds pour les frontières extérieures a comme objectif une meilleure répartition des charges financières entre les Etats membres.

La participation de la Suisse au Fonds pour les frontières extérieures découle de son association à Schengen. La décision de l'instauration du Fonds pour les frontières extérieures représente ainsi pour la Suisse un développement de l'acquis Schengen au sens de l'Accord d'association à Schengen¹. Etant donné que la Suisse est entourée d'Etats membres de l'espace Schengen, elle a le devoir de surveiller les frontières extérieures seulement aux aéroports et auprès des représentations consulaires dans des Etats tiers (Etats non-membre de l'UE ou de l'AELE).²

Solidarité et gestion des flux migratoires

Le Fonds pour les frontières extérieures est une partie du programme général de la Commission européenne «Solidarité et gestion des flux migratoires». L'objectif de ce programme est d'assurer une répartition adéquate des compétences entre les Etats membres découlant de l'introduction d'une gestion intégrée des frontières extérieures de Schengen ainsi que de l'application d'une politique commune d'asile et d'immigration. A côté du Fonds pour les frontières extérieures, les autres instruments financiers de ce programme sont le Fonds européen d'intégration, le Fonds européen pour le retour et le Fonds européen pour les réfugiés. La Suisse ne participe qu'au Fonds pour les frontières extérieures.

Objectifs du Fonds pour les frontières extérieures

Le Fonds pour les frontières extérieures poursuit la réalisation des objectifs suivants:

- une organisation efficiente du contrôle et de la surveillance des frontières extérieures;
- une gestion efficace de la circulation des personnes aux frontières extérieures afin qu'à la fois un haut degré de protection et un franchissement sans difficultés des frontières extérieures soient assurés en accord avec l'acquis Schengen et les principes de respect de la dignité humaine;
- une application cohérente des dispositions légales du droit communautaire relatif au franchissement des frontières extérieures;
- une amélioration de la gestion des représentations consulaires en relation avec les déplacements des ressortissants d'Etats tiers.

¹ Accord entre la Confédération suisse, l'Union européenne et la Communauté européenne sur l'association de la Confédération suisse à la mise en œuvre, à l'application et au développement de l'acquis Schengen.

² Bases légales: cf. p.7 de cette publication.



Le Fonds est limité à la période 2007-2013. Le budget du Fonds pour cette période est d'un montant de 1820 millions d'euros³. La Suisse participe de manière rétroactive au Fonds depuis l'année 2009. En raison de la reprise par la Suisse de cet acquis Schengen, elle doit supporter chaque année une contribution financière moyenne d'environ 9 millions d'euros calculée en conformité aux règles prévues par l'Accord d'association à Schengen. Concrètement, il s'agit d'une participation proportionnelle calculée en comparant le revenu intérieur brut de la Suisse et celui de tous les Etats participant à Schengen. En contrepartie, la Suisse reçoit chaque année une allocation lui permettant de financer des projets jusqu'à une hauteur de 50 % (jusqu'à 75 % pour des priorités spécifiques). Le montant des allocations pour la Suisse s'élève à environ 4 millions d'euros par année en moyenne. La différence entre les allocations et les contributions s'explique notamment par le fait que la Suisse – contrairement à d'autres pays participants aux Fonds – ne possède des frontières extérieures qu'aux aéroports. Le montant des allocations est calculé chaque année en conformité aux critères prévus dans l'accord de participation au Fonds. Il est fixé pour chacun des pays participants en relation avec la charge de travail nécessaire à la surveillance des frontières extérieures.

Budget du Fonds pour les frontières extérieures 2007-2010

Le budget du Fonds pour les années 2007-2013 est de € 1820 millions répartis de la manière suivant:

- € 1533 millions sont répartis entre les Etats participants aux Fonds sur la base de critères objectifs en relation de la charge de chaque Etat pour assurer le contrôle des frontières extérieures et le respect de la politique de visas, ceci dans le but de financer des programmes nationaux;
- € 109 millions (6 %) sont gérés directement par la Commission européenne et sont prévus pour financer des actions communautaires;
- € 108 millions servent au financement par la Lituanie de règles de transit avec Kaliningrad;
- € 70 millions sont à disposition pour des mesures particulières en des points stratégiques des frontières extérieures sur la base d'analyses de risques effectuées par l'Agence FRONTEX.

Allocations pour la Suisse:

- 2010: € 4 660 754 (y compris de manière rétroactive le montant pour 2009)
- 2011: € 3 053 097
- 2012: € 4 340 705 (estimation provisoire de la Commission européenne)
- 2013: € 6 133 385 (estimation provisoire de la Commission européenne)

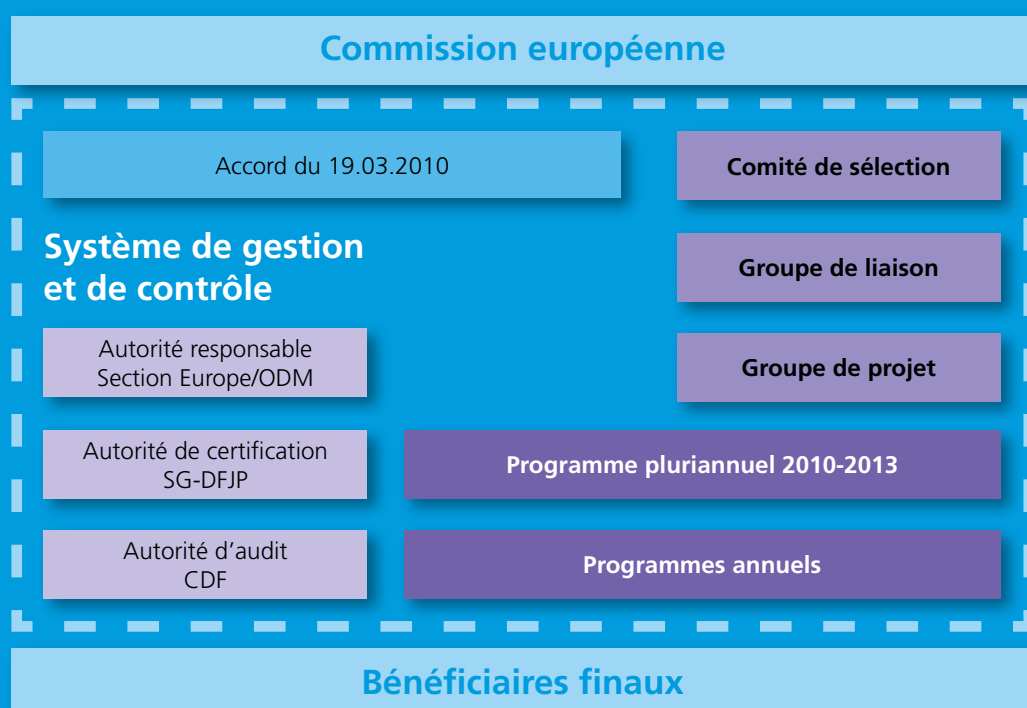
³ Dans la présente publication, les montants financiers sont indiqués en €; l'équivalent en CHF varie selon le taux de change en vigueur (1 € = 1.25 au 16 mai 2011).

Réalisation

Le Fonds pour les frontières extérieures est mis en pratique par une gestion partagée des moyens. Cela signifie que la Commission européenne gère l'argent à disposition en coopération avec les Etats participants aux Fonds. L'autorité publique responsable pour la participation suisse au Fonds pour les frontières extérieures est la section Europe de l'Office fédéral des migrations (ODM). Elle est responsable pour l'administration du Fonds et pour la coordination interne et externe de tous les dossiers concernant la participation au Fonds. Elle est compétente pour l'établissement des programmes, pour le choix et l'évaluation des projets ainsi que la rédaction des rapports sur le Fonds. Elle est également l'interlocuteur de la Commission européenne.

Les bénéficiaires finaux (groupes de projets) sont responsables pour le développement technique et financier des projets, pour l'accompagnement des projets et pour la rédaction des rapports exigés, ceci en collaboration et sous la surveillance de l'autorité compétente.

Structure du Fonds pour les frontières extérieures (FFE)



Administration et contrôle

La mise en place d'un système de gestion et de contrôle du Fonds pour les frontières extérieures assure que les moyens mis à disposition sont employés de manière efficace et économe en faveur des différents projets. En qualité d'autorité compétente, l'ODM est responsable d'une administration et d'une réalisation du programme pluriannuel et des programmes annuels dans le respect des règles de gestion budgétaire. L'ODM doit ainsi conduire des systèmes de gestion et de contrôle efficaces. Par ailleurs, l'ODM a une fonction charnière entre les bénéficiaires finaux des projets d'un côté et la Commission européenne de l'autre côté.

Le système de gestion et de contrôle est complété par la présence d'une autorité de certification et d'une autorité d'audit. Le Secrétariat général du Département fédéral de justice et police (SG-DFJP), respectivement le Contrôle fédéral des finances (CDF), assument ces fonctions.



Points importants des programmes

Au sein de la stratégie commune des Etats participant à Schengen, la planification pluriannuelle fournit un cadre pour les projets de chaque Etat. La Suisse définit ainsi ses objectifs dans le domaine du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2010-2013. A cette occasion, les priorités et les besoins nationaux jouent un rôle important, ceci toujours en relation avec les bases légales applicables.

L'orientation stratégique de la participation suisse au Fonds pour les frontières extérieures a été mise au point en partenariat avec les offices compétents de l'administration fédérale et décrite dans le programme pluriannuel. La Suisse a ainsi décidé de réaliser quatre des cinq lignes directrices stratégiques⁴ voulues par l'UE:

- soutien pour la mise en place du système commun de gestion intégrée des frontières;
- soutien des services consulaires des Etats participants situés dans des Etats tiers pour l'émission des visas et la lutte contre l'immigration illégale;
- introductions des instruments juridiques communautaires dans le domaine des frontières extérieures et des visas (VIS et SIS);
- application des instruments juridiques pour les frontières extérieures et les visas, tout particulièrement le Code frontières Schengen et du Code européen sur les visas.

Programmes annuels

Les programmes annuels décrivent, sur la base du programme pluriannuel, les mesures proposées de cofinancement. L'établissement des programmes annuels est effectué par l'autorité responsable dans le cadre des moyens mis à disposition par la Commission européenne. Les programmes annuels se fondent sur une décision du choix des projets remis par les bénéficiaires finaux. Ils sont à la base de la décision de financement de la Commission européenne.

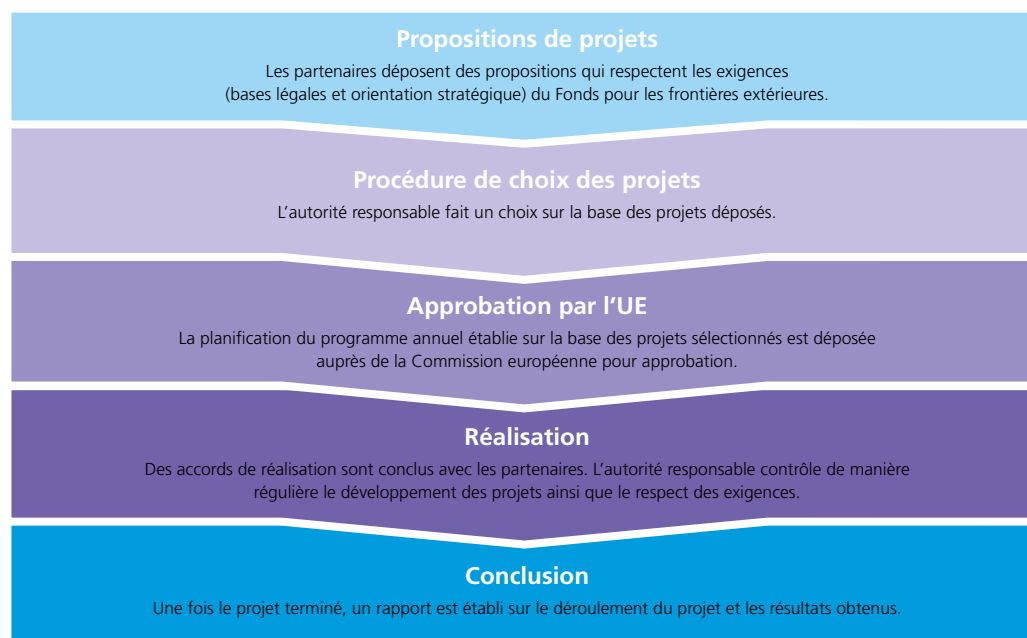
Les bénéficiaires finaux possibles sont tout particulièrement le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE), le Corps des gardes-frontière (CGFR), les autorités de contrôle des aéroports (la compétence est répartie selon les aéroports entre les cantons ou le CGFR), l'Office fédéral de la police (fedpol), les sections Bases Visas et Bases Frontières de l'ODM.

Quelques exemples de mesures pouvant être soutenues par le Fonds: équipement pour l'examen de documents, investissements pour le développement, les tests et l'introduction de technologies modernes, systèmes informatiques, envoi ou échange d'officiers de liaison ou des spécialistes de l'analyse de documents, mesures de formation pour les employés de services consulaires ou de contrôle aux frontières.

⁴ Cf. bases légales, p.7 de la présente publication.

Choix des projets

Sur la base du programme pluriannuel et dans le cadre des moyens mis à disposition par la Commission européenne, l'autorité responsable choisit les projets et établit les programmes annuels. Ceux-ci décrivent les mesures proposées de cofinancement et répartissent les moyens à disposition. La Commission européenne examine sur cette base le soutien aux projets proposés et approuve le programme annuel.



Cofinancement des projets de la Suisse (Etat: mai 2011)

- soutien pour l'introduction du système N-VIS (ODM)
- formations pendant la phase d'introduction du système N-VIS (ODM)
- mise au point d'un logiciel pour la mise en réseau d'appareils d'examen de documents (CGFR)
- choix et développement d'appareils mobiles d'examen de documents (CGFR)

Actions communautaires

Jusqu'à 6 % des moyens mis à disposition par le Fonds pour les frontières extérieures peuvent en outre être utilisés pour le financement d'actions transfrontalières ou d'actions d'intérêt communautaire. Les responsabilités de la planification de programme annuel, du choix, de la promotion et du déroulement de ces actions sont du ressort de la Commission européenne.





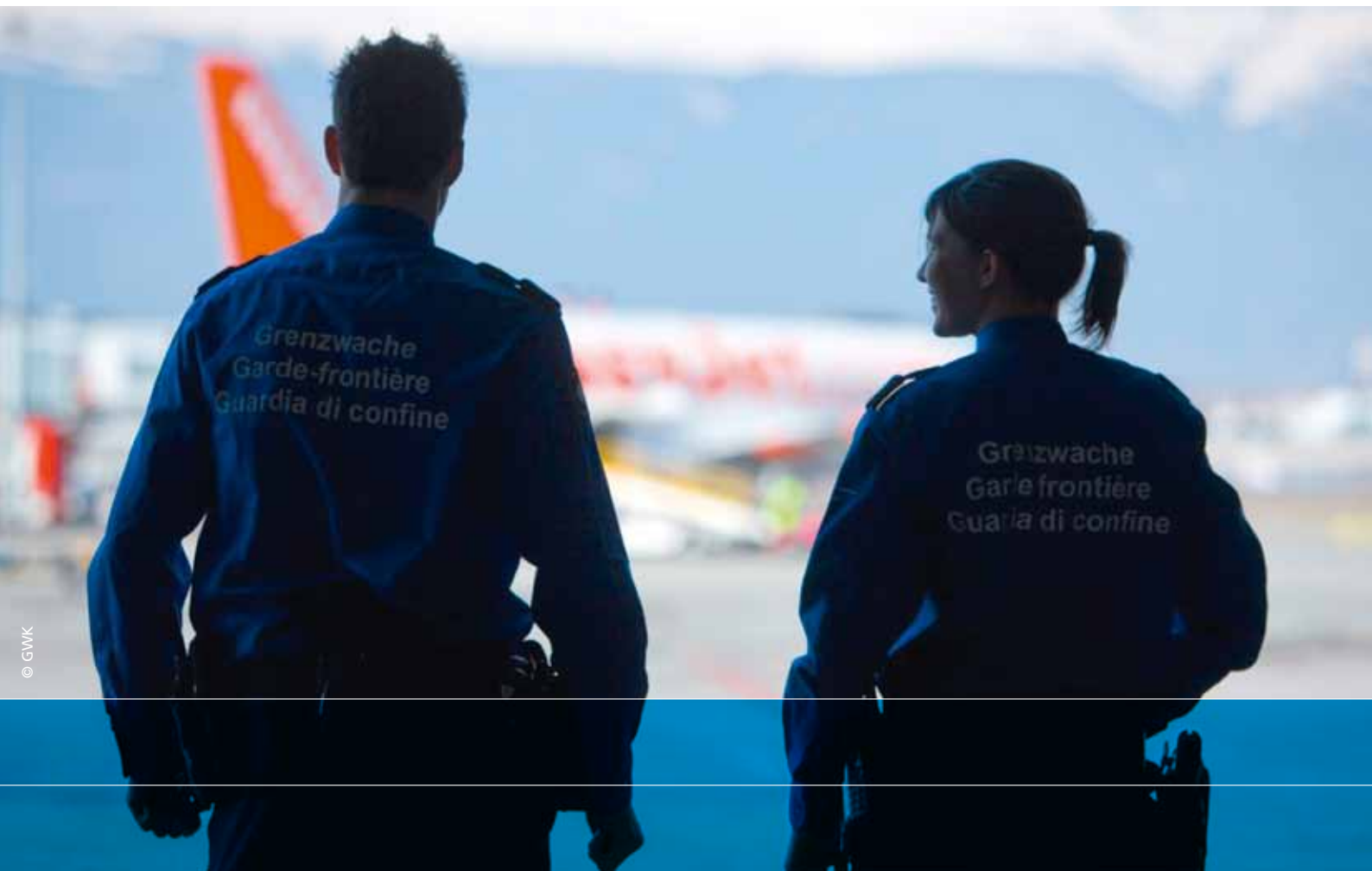
Bases légales

La décision de l'instauration du Fonds pour les frontières extérieures représente pour la Suisse un développement de l'acquis Schengen au sens de l'Accord d'association à Schengen⁵. La décision 2007/574/CE portant création du Fonds pour les frontières extérieures est la base légale fondatrice.⁶ Cette dernière préconise la fixation des modalités de la participation des Etats associés au Fonds par la signature d'un accord complémentaire. Cet accord a été ratifié par la Norvège le 4 mars 2010, par la Suisse, l'Islande, la Principauté Liechtenstein et l'UE le 19 mars 2010. La Suisse applique cet accord de manière provisoire depuis le 20 mars 2011, afin de permettre une participation rétroactive au Fonds depuis 2009. L'accord a été approuvé par le Parlement fédéral le 1^{er} octobre 2010. Le délai référendaire a expiré le 20 janvier 2011 sans avoir été utilisé. L'accord est ainsi formellement entré en vigueur le 1^{er} avril 2011. L'échange de notes pour la reprise des bases légales du Fonds pour les frontières extérieures est entré en vigueur le 9 février 2011.

- Décision 2007/574/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 mai 2007 portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général «Solidarité et gestion des flux migratoires».
- Décision de la Commission 2007/599/CE du 27 août 2007 mettant en œuvre la décision 2007/599/CE du Parlement européen et du Conseil relative à l'adoption d'orientations stratégiques pour la période 2007-2013.
- Décision 2011/148/UE de la Commission du 2 mars 2011 modifiant la décision 2008/456/CE fixant les modalités de mise en œuvre de la décision n° 574/2007/CE du Parlement européen et du Conseil portant création du Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013 dans le cadre du programme général «Solidarité et gestion des flux migratoires» en ce qui concerne les systèmes de gestion et de contrôle des Etats membres, les règles de gestion administrative et financière et l'éligibilité des dépenses pour les projets cofinancés par le Fonds.
- Accord entre la Communauté européenne et la République d'Islande, le Royaume de Norvège, la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein concernant des dispositions complémentaires relatives au Fonds pour les frontières extérieures pour la période 2007-2013.

⁵ Accord entre la Confédération suisse, l'Union européenne et la Communauté européenne sur l'association de la Confédération suisse à la mise en œuvre, à l'application et au développement de l'acquis Schengen.

⁶ Décision 2007/574/CE (Développement Schengen No. 36)



© GWK

Office fédéral des migrations ODM

Autorité responsable FFE, Section Europe

Quellenweg 6
3003 Berne-Wabern

Téléphone: + 41 31 325 86 08
E-mail: Fonds-CH@bfm.admin.ch

Internet: www.bfm.admin.ch/content/bfm/fr/home/themen/schengen_dublin/schengen/aussengrenzenfonds.html



Avec le soutien du Fonds pour les frontières extérieures